

Pressemitteilung

vom 16.02.2024

Wasserstoffnetz Deutschland: entscheidende Hürde genommen

EU-Kommission genehmigt 24 deutsche Projekte – zwei Brandenburger Projekte

Potsdam. Die Europäische Kommission hat am 15.02.2024 den Weg für die Förderung von 24 deutschen IPCEI-Wasserstoffprojekten freigegeben. Brandenburg ist bei der aktuellen Genehmigung gleich von zwei Projekten betroffen: Der Aufbau einer Wasserstoffpipeline von Rostock durch Brandenburg hindurch bis in den Leipziger Raum hinein, ergänzt um einen Abzweig südlich von Berlin bis nach Eisenhüttenstadt (Doing-Hydrogen-Pipeline von Ontras) und die Errichtung großskaliger Elektrolysekapazitäten zur Herstellung von grünem Wasserstoff und dessen Einspeisung in diese Pipeline der Ontras (Firma Enertrag). Brandenburg stellt für die beiden genannten IPCEI-Projekte – ergänzend zur Bundesförderung – Fördermittel in Höhe von rund 140 Millionen Euro zur Verfügung.

„Das ist ein gutes und wichtiges Signal für die Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und in Brandenburg!“ freut sich der brandenburgische Energieminister Jörg Steinbach. „Damit ist die entscheidende Hürde für die von Bund und Länder beabsichtigte Förderung des Aufbaus eines deutschlandweiten Wasserstoffnetzes genommen. Für die Defossilisierung unserer Wirtschaft, aber auch der Mobilität und des Wärmemarktes sind wir zwingend auch auf die Nutzung klimaneutraler Moleküle angewiesen“, so Steinbach.

Die dafür erforderlichen Mengen an sogenannten grünem Wasserstoff sind so groß, dass sie nicht allein durch heimische, regionale Produktion erzeugt werden können. Hierfür bedarf es entsprechender Importe, die dann über das jetzt genehmigte Wasserstoffnetz kostengünstig zum Endverbraucher geleitet werden.

„Brandenburg war schon früh ein Vorreiter der Energiewende und ist zugleich eines der aktivsten Bundesländer bei der Unterstützung der Wasserstoffwirtschaft“, betont Steinbach. „Mit der jetzt genehmigten Infrastruktur ist ein weiterer, sehr wichtiger

Baustein dafür gelegt, die mit der Wasserstoffwirtschaft verbundenen Chancen und Wertschöpfungspotentiale im Land zu halten.“

Hintergrund:

IPCEI steht für Important Projects of Common European Interest; das sind strategische Förderprojekte der Europäischen Kommission. Die sog. „beihilferechtliche Notifizierung“ durch die EU-Kom ist erforderlich, da Deutschland (Bundesrepublik und Bundesländer) den Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur mit erheblichen Mitteln subventionieren will. Die Fördermittel sind notwendig, um die Errichtung des Wasserstoffnetzes zu beschleunigen und damit zugleich die in Form von Netzentgelten auf die Kunden umzulegenden Kosten zu reduzieren.